

Die Entwicklung der politischen Lager ab 1918

Einsatz:

- ab der 8. Schulstufe
- Schulfächer: GPB, WPF GPB

Inhalt:

- Nach dem Ende des 1. Weltkriegs und dem Zerfall der Monarchie proklamierte die Provisorische Nationalversammlung am 12. November 1918 die Republik. Politik war in der Ersten Republik durch starke ideologische Bindungen geprägt. Zugehörigkeit zu weltanschaulichen Lagern und Auseinandersetzungen im Parlament beherrschten die Stimmung. Ein Überblick über die Entwicklung der politischen Lager ab 1918 zum Nachlesen.

Bezug zur Schulausgabe:

- Seite 5-10: Das Kapitel „Der österreichische Weg 1918-1933“ schildert die Entwicklung der politischen Lager in der Ersten Republik.

Lernziele:

- Die Schüler*innen lernen die drei großen politischen Lager nach 1918 kennen und können sie benennen.
- Die Schüler*innen können die wichtigsten politischen Akteure der Ersten Republik benennen und sie historisch und nach politischen Lagern zuordnen.
- Die Schüler*innen erhalten Einblicke in die Erste Republik und verstehen die politische Entwicklung hin zum autoritären „Ständestaat“.

Zusatzinformationen:

- <https://www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-gedenken-1938-annexion-oesterreichs/die-zeit-vor-1938/oesterreich-1918-1933>
Kompakte Übersicht über die politische Entwicklung in Österreich von 1918 bis 1933 inkl. Original-Bildmaterial und weiteren thematischen Verlinkungen (z.B. Frauenwahlrecht)
- <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/demokratieentwicklung/demokratiegeschichte-in-oesterreich-1918-1938/>
Abriss zur österreichischen Demokratiegeschichte ab 1918 untergliedert in Erste Republik (1918-1933), den autoritären „Ständestaat“ (1933-1938) und dem „Anschluss“ 1938 inkl. historischem Bildmaterial und weiteren Hintergrundinformationen.

Tipps zur Vertiefung:

- <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/timelines/politische-entwicklung-in-oesterreich-1918-1938/>
Chronologische Übersicht über die politische Entwicklung in Österreich von 1918 bis 1938.

Weiterführende Links:

- <https://www.parlament.gv.at/verstehen/historisches/1918-1945/>
- <https://hdgoe.at/sozialpolitische-gesetzgebung-anfang-republik>

Entwicklung der drei politischen Lager

Alle drei Lager haben ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert – wobei mit „Lager“, auch im Sinne Adam Wandruszkas, nicht ein umfassender Begriff als Partei oder Gesinnungsgemeinschaft, sondern ein abgeschlossenes Milieu gemeint ist.

Als Ausgangspunkt kann natürlich die Gründung von Organisationen oder Parteien dienen. Im Verständnis der Sozialdemokratie ist dies heute noch der Gründungsparteitag von Hainfeld 1888/89. Bei den Christlichsozialen wurden in den 1880er Jahren verschiedene Vereine gegründet. Als Parteigründung könnte man den Zusammenschluss von mehreren Vereinigungen 1893 ansehen. 1907 erfolgte die Vereinigung mit der Katholischen Volkspartei. Damit wurde sie als Christlichsoziale Reichspartei die stärkste Fraktion im Reichsrat. Die Großdeutsche Partei wurde 1920 gegründet. Als einen von mehreren Vorläufern könnte man den „Deutschnationalen Verein“, gegründet von Georg (Ritter von) Schönerer, ansehen.

1. Das sozialdemokratische Lager

Der Gründungsparteitag zur Jahreswende 1888/89 war ein taktisches Meisterstück Viktor Adlers. Es gelang ihm, Radikale und Reformen zu vereinen.

Bevor er sich allerdings für die Sozialdemokratie engagierte, war er wie sein Mitschüler Engelbert Pernerstorfer bei den Deutschnationalen tätig. Selbst jüdischer Abstammung stieß ihn der dort stark wachsende Antisemitismus jedoch ab und er wurde im sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbildungsverein aktiv. **Viktor Adler** wurde der erste Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und blieb dies bis zu seinem Tod am 11. November 1918, dem Vortag der Ausrufung der Republik. Er trat für Reformen bereits innerhalb der Monarchie ein, wobei das allgemeine Wahlrecht (zunächst für Männer) ein wesentliches Ziel war, das 1907 erreicht wurde.

Die Einheit der **Bewegung, die die gesamte Arbeiterklasse vertreten sollte**, hatte für die Sozialdemokraten auch in der Ersten Republik oberste Priorität. Dies gelang mit der bereits erwähnten weit links orientierten Politik. Mit einem Wähleranteil von gut 40% waren sie auch die erfolgreichste sozialistische Partei Europas.

Zu einer linken Arbeiterbewegung gehörte aber ebenso eine **starke Gewerkschaft**. Die beiden Organisationen wurden vielfach als „siamesische Zwillinge“ angesehen. Von diesem Gedanken beseelt war man auch nicht bereit, eine andere Gewerkschaft neben sich zu dulden. Daher wurden christliche oder nationale Gewerkschaften als unwillkommene Störenfriede angesehen. Es sollte in einem Betrieb nur eine Gewerkschaft geben und alle Beschäftigten sollten Mitglieder sein.

Dieses Prinzip des „closed shops“ war bereits aus England bekannt. Doch waren die Gewerkschaften dort nicht in so hohem Maß ideologisch ausgerichtet, sondern es war Platz für verschiedene Weltanschauungen. Zu besonders massiven Auseinandersetzungen kam es unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Eine Abordnung christlicher Gewerkschafter beschwerte sich bei Staatskanzler Renner, dass Arbeiter unter Androhung – und mitunter auch Anwendung – physischer Gewalt zur Mitgliedschaft bei den freien (= sozialdemokratischen) Gewerkschaften gezwungen worden seien. Renner versprach den christlichen Gewerkschaftern daraufhin Koalitionsfreiheit, das heißt den Zusammenschluss in einer eigenen Organisation. Damit waren auch die getrennten Richtungsgewerkschaften akzeptiert. Dennoch wurde von den Sozialdemokraten ein Jahrzehnt lang ein sogenanntes „Antiterrorgesetz“ im Parlament verhindert.

Nicht nur in der Arbeitswelt konnten sich Sozialdemokraten weitgehend **im Umfeld von Gleichgesinnten bewegen**, auch in der Freizeit hatten sie eine große Anzahl von eigenen Arbeitersportvereinen. Einkaufen konnten sie in **Konsumgenossenschaften** und Geldgeschäfte in der von Karl Renner gegründeten **Arbeiterbank** abwickeln. Alle Lebensbereiche bis zum Sterbeverein waren abgedeckt. Diese Möglichkeiten galten für Wien und für Orte, wo dies die Mehrheitsverhältnisse erlaubten.

Diese Strukturen eröffneten eine Vielzahl an Kontaktmöglichkeiten. So gab es 1929 in Wien 400 000 Parteimitglieder, im restlichen Österreich nur 300 000. Im Laufe der Zeit entstanden in der Bundeshauptstadt 60 000 **Gemeindewohnungen** und eine Fülle kommunaler Betriebe, was ungeahnte Gelegenheit für Gunsterweisungen schuf. Die Organisationsdichte in Wien lässt sich auch daraus ablesen, dass die Mitgliederzahl fast 60% der Wähler erreichte. Im restlichen Österreich war der Anteil nur ein Drittel.

Das „**Rote Wien**“ stellte zweifellos eine politische **Machtposition** dar. Nach der Trennung von Wien und Niederösterreich ab 1. Jänner 1922 war der Wiener Bürgermeister zugleich Landeshauptmann. Die Stadtregierung war de facto eine Alleinregierung auf Basis einer breiten absoluten Mehrheit. Die eigenartige Konstruktion der einflusslosen „nicht amtsführenden“ Stadträte für die Oppositionsparteien besteht noch heute. In sechs anderen Bundesländern stellten die Sozialdemokraten aufgrund des **Proporzsystems** durchwegs Landesräte, in Tirol und Vorarlberg zumindest einen Großteil der Zeit von 1918 bis 1933. In Kärnten und Burgenland gab es vorübergehend sogar sozialdemokratische Landeshauptmänner.

Nach der politischen Funktion bestimmte das Sein auch das Bewusstsein. So waren die Mitglieder der Landesregierungen ihren christlichsozialen Pendanten meist kollegial verbunden. In Wien war man auf seinen **Sozialismus als politisches Modell** peinlich bedacht. Die radikalen Töne des Austromarxismus kamen von anderen, wie z.B. in der Anfangszeit der Republik von Otto Bauer in Wien oder von ausgeprägten Kampfhähnen, wie Koloman Wallisch in der Obersteiermark. Zum begnadeten Verhandler, wie etwa bei der Verfassungsnovelle 1929, wurde Robert Danneberg. Über allen thronte als Grandseigneur **Karl Seitz**, von 1918 bis 1934 als Parteivorsitzender, von 1919 bis 1920 als zeitweiliges Staatsoberhaupt und von 1923 bis 1934 als Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann.

2. Das christlichsoziale Lager

Das christlichsoziale Lager bot ein weniger homogenes Bild als das sozialdemokratische. Ende des 19. Jahrhunderts setzte es sich aus den verschiedensten Organisationen zusammen und sprach auch höchst unterschiedliche Wählergruppen an. Weltanschauliche Katholiken dominierten die Partei erst nach dem Ersten Weltkrieg.

Bis zu seinem Tod 1910 war der populäre **Karl Lueger** der Erfolgsgarant. Danach brachen **Flügelkämpfe** aus, die mit einem **Hinausdrängen der deutschnational Orientierten** aus der Partei endeten. Das Erscheinungsbild war derart katastrophal, dass die Reichsratswahlen zu großen Verlusten in Wien führten. Von 20 Mandatären blieb nur mehr 2 übrig. Dies lag auch am Wahlsystem. Es bestand ein Mehrheitswahlrecht, das eine absolute Mehrheit erforderte. Wurde diese im ersten Wahlgang nicht erreicht, kam es zu einer Stichwahl zwischen den beiden stärksten Kandidaten. Dabei unterstützten die Anhänger der Sozialdemokraten, Liberalen und Deutschnationalen meist erfolgreich den jeweiligen christlichsozialen Gegenkandidaten. Als geradezu absurdes Beispiel nennt Lothar Höbelt einen Wahlkreis, in dem Arthur Schnitzler aus diesem Grund für einen rabiaten „deutschsozialen“ Antisemiten stimmte.

Bei den Gemeinderatswahlen galt nach wie vor ein Kurienwahlrecht, wovon die Christlichsozialen profitierten und was ihnen bis zum Ende der Monarchie in Wien die Mehrheit sicherte. Nach innerparteilichen Streitigkeiten setzte sich Richard Weißkirchner durch und wurde 1912 Bürgermeister, was er bis 1919 blieb. Als eher farblose Persönlichkeit hatte er jedoch das Pech, für die furchtbare Ernährungslage während des Ersten Weltkriegs verantwortlich gemacht zu werden.

Damit ging in Wien die ein Vierteljahrhundert andauernde christlichsoziale Ära zu Ende. Aus der bedeutenden Stadtpartei wurde eine kleine Gruppe in einer vom Bauernbund dominierten Organisation. Auch in der Gesamtpartei fehlte eine Führungsperson. Prinz Aloys von und zu Liechtenstein, der nach Lueger die Leitung der Partei übernommen hatte, war 1918 zurückgetreten. Er war ein wesentlicher katholischer Programmatiker, der schon mit Karl Freiherr von Vogelsang, einem der bedeutendsten Begründer der christlichen Soziallehre, zusammengearbeitet hatte. Ihm folgte interimistisch Prälat Johann Nepomuk Hauser, das christlichsoziale Präsidiumsmitglied der provisorischen Nationalversammlung, nach.

Erst 1920 wurde ein Parteitag abgehalten, bei dem **Leopold Kunschak** zum Parteiobmann gewählt wurde. Dieser war schon lange politisch aktiv und ein herausragendes **Beispiel für den politischen Katholizismus**, einschließlich des weit verbreitenden Antisemitismus. Schon als 21-Jähriger gründete er 1892 in Wien den „Christlichsozialen Arbeiterverein“, dessen Obmann er zunächst gar nicht werden konnte, da man zu der Zeit erst mit 24 Jahren großjährig wurde. 1904 wurde er Gemeinderat und 1907 Reichsratsabgeordneter. 1911 ging sein Mandat, wie das vieler anderer, verloren. 1919 wurde er Abgeordneter zur konstituierenden Nationalversammlung. Kunschak bekleidete das Amt eines Reichsparteiobmanns jedoch nur etwas mehr als ein Jahr, bevor für fast ein Jahrzehnt der im Hintergrund bereits sehr einflussreiche **Prälat Seipel** diese Funktion übernahm. Dieser war bereits Klubobmann im Parlament, was damals auch der bedeutendere Posten war. Denn der Klubvorstand der Christlichsozialen Partei blieb bis 1934 das Gremium, in dem die wesentlichen Entscheidungen fielen.

Seipel wurde aber auch kraft seiner Persönlichkeit **die prägendste Gestalt seines Lagers** und für das ganze Land. Persönlich lebte er äußerst bescheiden in einer Klosterzelle eines Frauenklosters im 3. Bezirk in Wien. Er stammte aus einfachen Verhältnissen. Als Sohn eines Fiakers 1876 in Wien geboren, besuchte er das Staatsgymnasium in Wien-Meidling, wo er 1895 maturierte. Danach trat er in den Benediktinerorden ein und wurde 1899 zum Priester geweiht. Er studierte Theologie an der Universität Wien und promovierte dort 1903. 1907 erfolgte seine Habilitation. Als Professor für Moraltheologie wirkte er von 1909 bis 1917 in Salzburg sowie von 1917 bis 1922 in Wien. Seine Gesundheit war aufgrund seiner Zuckerkrankheit und den **Nachwirkungen eines Attentats von 1924** – die Pistolenkugel blieb in seiner Lunge stecken – entsprechend fragil. Dennoch übte er seine priesterlichen und politischen Aufgaben mit großer Disziplin aus. Im Übrigen war er sowohl weltmännisch als auch machtbewusst. So nützte er einerseits seine Reisen nach Deutschland für grundsätzliche, aber auch kritische Anmerkungen zur Demokratie – er gebrauchte dabei den Ausdruck „wahre Demokratie“. Andererseits wusste er sich gegenüber dem politischen Gegner geschickt durchzusetzen. So gelang es ihm als Bundeskanzler 1922 die „Genfer Anleihe“ mit kluger Taktik durch das Parlament zu bringen. Otto Bauer mag zwar der profundere Theoretiker gewesen sein, doch in der praktischen Umsetzung politischer Ziele war ihm Seipel zweifellos überlegen.

Die Regierungsmacht, die die Christlichsozialen von 1922 bis 1932 **gemeinsam mit den Großdeutschen als Bürgerblock** innehatten, täuscht über die wenig geschlossene Parteiorganisation hinweg. Die Wiener Partei lebte weitgehend in einer Diaspora. Dieser

einflusslosen Landesorganisation stand 1923 bis 1932 Leopold Kunschak als Landesparteiobmann vor. Wie er waren Seipel und andere Wiener Politiker primär in der Bundespolitik tätig. Kunschak vertrat aber auch noch eine andere Minderheit, nämlich die **christliche Arbeiterbewegung**. Diese bestand aus den christlichen Arbeitervereinen der stärker religiös ausgerichteten Gruppierung und den vor allem auf praktische Durchsetzung von Arbeitnehmerforderungen abzielenden christlichen Gewerkschaften. Letztere zählten 1930 bereits über 100 000 Mitglieder, was aber vor allem auf den korporativen Beitritt der christlichen Lehrer sowie den durch Personalpolitik von Heeresminister Carl Vaugoin stark wachsenden Wehrbund zurückzuführen war.

Der für den kleinen Staat überdimensionierten Hauptstadt Wien standen die agrarisch dominierten Bundesländer gegenüber. Einheitlichkeit unter den Bundesländern herrschte damit aber keineswegs vor. Generell lässt sich sagen, dass hier die Politik konsensorientierter war als die tendenziell auf eine antimarxistische Weltanschauung ausgerichtete Wiener Vorgehensweise. Ein in diesem Sinne agierender Politiker, der es von 1924 bis 1926 sogar zum Bundeskanzler brachte, war der Salzburger **Rudolf Ramek**. In seiner Amtszeit konnten einige noch ausständige Verfassungsgesetze zur **Ausgestaltung des Föderalismus und des Schulwesens** beschlossen werden.

Was die Agrarpolitik betrifft, so gab es einerseits keinen überzeugenden, allgemein anerkannten Bauernvertreter, andererseits war Parteiobmann Seipel an diesem Politikfeld nicht vorrangig interessiert. Im Übrigen sind beispielsweise die Interessen eines Ackerbau oder Viehzucht betreibenden Bauern bzw. eines Winzers durchaus verschieden. Dazu kamen noch die regionalen Besonderheiten. Auch in der Wirtschaft, die stark gewerblich geprägt war, konnten die Christlichsozialen keine großen Erfolge vorweisen. Die Mehrheit der sogenannten „Greißler“ war den Großdeutschen zuzurechnen, die auch überwiegend die Handelskammerpräsidenten stellten. Diesem dritten Lager gehörte in hohem Maß auch die Beamtenschaft an.

Wer trat sonst noch für die Christlichsozialen ein? Aus publizistischer Sicht waren dies Zeitungen wie die „Reichspost“ oder das „Linzer Volksblatt“, organisatorisch gesehen katholische Vereine und Studentenverbindungen. Diesen stand eine bemerkenswert starke antiklerikale Einstellung breiter Bevölkerungskreise gegenüber.

3. Das großdeutsche Lager

Deutlich **kleiner** als die anderen beiden Lager war jenes der Großdeutschen. Ihnen waren nach dem Zerfall der Monarchie die Hochburgen in Böhmen und Mähren abhandengekommen. In den 1880er Jahren spielten die Deutschnationalen jedoch eine bedeutende Rolle. An dem Linzer Programm von 1882 wirkten die späteren Sozialdemokraten Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer mit, aber auch spätere Christlichsoziale fanden sich in **Georg von Schönerers** „**Deutschnationalem Verein**“. Aufgrund seines verschärften Antisemitismus, der jüdische Mitglieder ausschloss, verließen ihn jedoch viele seiner früheren Mitstreiter.

Die **Abgrenzungen** dieses dritten Lagers waren aber durchwegs **weniger scharf** als die der anderen beiden Lager. Überdies gab es parallel etliche Vereinigungen. Nach der Reichsratswahl 1907 kam es in der Zeit von 1908 bis 1910 zur Gründung des keineswegs festgefügtten „Nationalverbands der deutschfreiheitlichen Abgeordneten“, der bei der nächsten Wahl 1911 mit etwa 100 Mandaten die stärkste Gruppierung wurde. Daher wurde **Franz Dinghofer** 1918 Erster Präsident der provisorischen Nationalversammlung. Ihm war es vorbehalten, am 12. November den Beschluss über die Gründung der Republik zu verkünden.

Die Deutschnationalen waren in der Monarchie aber nicht nur im Parlament erfolgreich, sondern stellten auch eine beträchtliche Anzahl an Bürgermeistern, darunter in allen Landeshauptstädten. So war Franz Dinghofer selbst Bürgermeister von Linz.

Aus diesem dritten **Lager** wurden nach dem Ersten Weltkrieg **drei Parteien**: Die **Großdeutsche Partei** mit städtischem Schwerpunkt, der **Landbund** für die Bauern und die **NSDAP** als Splitterpartei in den 1920er Jahren. Damit wurde ein nicht unbeträchtliches Wählerpotenzial erreicht. Das war in den Städten das Bildungsbürgertum wie z.B. Beamte, freie Berufe mit einem höheren Akademikeranteil und in der Wirtschaft die Industrie. Kaum vertreten waren die Deutschnationalen in Wien. Hier war es Lueger und den Christlichsozialen gelungen, sie weitgehend zu verdrängen.

Nach der Nationalratswahl 1923 waren keine Anhänger Schönerrers mehr unter den Abgeordneten vertreten. Organisatorisch spielten anfangs die Nationaldemokraten eine gewisse Rolle, wobei ihnen die Sozialdemokraten als Vorbild dienten. So wurde aus einer Honoratiorenpartei mit einer lockeren Struktur zunehmend eine recht **straffe Organisation**, die ein Viertel ihrer Wähler zu ihren Mitgliedern zählte. Wenn es auch ursprünglich anders geplant war, so wurde die politisch bestimmende Funktion die des Klubobmanns und damit bis 1926 Franz Dinghofer. Der Parteiobmann hatte aber eher die administrative Leitung über, wofür üblicherweise ein Generalsekretär zuständig ist.

Ideologisch vertrat man die Idee einer **Volksgemeinschaft**, die in einer **nationalen Einheitspartei** zum Ausdruck kommen sollte. Damit wollte man keine ständischen Untergruppen entstehen lassen. Aus diesem Grund organisierten sich die nationalen Agrarier in einer eigenen Partei, dem Landbund. Dieser waren neben dem christlichsozialen Bauernbund die zweite relevante Bauernvertretung. In der Steiermark und Kärnten stellten Landbündler sogar den Präsidenten der Landwirtschaftskammer. In Burgenland, Salzburg und Oberösterreich waren sie zumindest eine starke Minderheit. Auch im Genossenschaftswesen waren sie in manchen Regionen einflussreich. Parteiobmann war bis 1931 **Vinzenz Schumy**, der nicht nur Bauernvertreter, sondern überdies von 1923 bis 1927 Kärntner Landeshauptmann war und vorübergehend der Bundesregierung als Vizekanzler und Minister angehörte.

Nach 1945 sprach ihn Karl Renner auf eine Neugründung des Landbunds an, da die SPÖ an einer Aufsplitterung des bürgerlichen Lagers interessiert war. Schumy entschied sich aber für die ÖVP, wo er Abgeordneter zum Nationalrat wurde und Funktionen im Bauerbund übernahm.

Das großdeutsche Lager war jedoch in bescheidenem Rahmen auch bei den Arbeitnehmern vertreten; meist mit noch weniger Mitgliedern als die christlichen Gewerkschafter. Einen größeren Einfluss erreichten sie bei den Eisenbahnern sowie – durch den Handelsgehilfenverband – im Dienstleistungssektor.

Die **Nationalsozialisten** waren in den 1920er Jahren noch eine Randerscheinung und auf mindestens zwei Gruppen verteilt. Wenn sie überhaupt bei Wahlen antraten, blieben sie unter 1%. Erst 1930 erreichten sie bei den Nationalratswahlen 3%. Große Wahlerfolge erzielten sie 1932 bei mehreren Landtagswahlen, was den **Niedergang der Großdeutschen Volkspartei** einläutete.

Quelle: © Paul Mychalewicz